



29. Juli 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

in regelmäßigen Abständen informiere ich die öffentlichen Institutionen, Verbände, Vereine, Medien, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie SPD-Mitglieder über meine Arbeit im Bayerischen Landtag und vor Ort.

In dieser Ausgabe des Abgeordnetenbriefs berichte ich über folgende Themen:

- **Eine Lanze fürs Kraftwerk vor Ort**
- **Kein M.U.M. mehr**
- **Kultusministerium schickt hunderte von Lehrern in die Arbeitslosigkeit**
- **Nach atompolitischen CSU-Fallrückzieher braucht jetzt Bayern tatsächliche Investitionen in die Energiewende**
- **Keine Steuersenkungen auf Pump**
- **Meine Termine im Stimmkreis**

So können Sie mich erreichen:

info@simone-strohmayr.de

Mein Abgeordnetenbüro in 86391 Stadtbergen, Am Graben 15.

Mein Team, Alexandra Beigl und Daniela Ziegler, ist unter der Telefonnummer 0821/444 93 06 erreichbar.

Eine Lanze fürs Kraftwerk vor Ort

Artikel, erschienen in der AZ, anlässlich meiner Veranstaltung in Stadtbergen:

Landkreis Augsburg. Der Atomkraft „den Saft abdrehen“ – nach den schweren Unfällen in Japan hat dieser Wunsch in der Bevölkerung an Energie gewonnen. Da ja in der Nachbarschaft des Landkreises Augsburg das Kernkraftwerk Gundremmingen steht, befasste sich eine Diskussionsrunde in Stadtbergen, die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Simone Strohmayr organisierte, mit der Energiewende.

Auf dem Podium diskutierten Landtagsabgeordnete Christine Kamm (Grüne), der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Johannes Strasser und der Stadtberger SPD-Fraktionsvorsitzende und Bürgermeisterkandidat Herbert Woerlein. Simone Strohmayr verwies zunächst darauf, dass schon vor zehn Jahren ein ähnlicher Konsens über den Ausstieg aus der Atomenergie bestanden habe wie heute. „Der schwarz-gelben Regierung ist es gelungen, dies noch einmal zu beschließen.“ Der Kreistag im Augsburger Land habe parteiübergreifend eine Resolution verabschiedet, die die schnellstmögliche Abschaltung der Blöcke B und C in Gundremmingen fordert.

Hier im Landkreis werden Strohmayer zufolge circa 19 Prozent des Gesamtstromverbrauchs oder 465 Millionen Kilowattstunden Strom aus regenerativen Energien erzeugt. „Ich glaube, es wäre kein Problem, wenn die 23 Prozent Atomstrom künftig wegfallen.“ Es sei Aufgabe, das Stromnetz zukunftsfähig zu machen. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, dass die Evakuierungspläne nicht ausreichen. „Wir haben überwiegend Westwind, der weht das Ganze zu uns“, sagte Woerlein. „Ich wäre froh, wenn solche Notfallpläne nicht mehr nötig sind, weil die Atomkraftwerke abgeschaltet werden.“ Stadtbergens künftiger Bürgermeister müsse darauf achten, dass möglichst viele Häuser energetisch saniert werden. „Unser Ziel muss die energieautarke Stadt sein.“

Kritik an Notfallplänen für Gundremmingen

Auch Christine Kamm hielt die Notfallpläne für absurd. Evakuierungsszenarien gebe es nur für den näheren Umkreis des Atomkraftwerks von zehn Kilometern. „In 50 Kilometern Abstand vom Reaktor Fukushima wurden teilweise sehr starke Belastungen gemessen.“ Gundremmingen sei ein 1984 errichteter Siedewasserreaktor von derselben Konstruktion wie Fukushima. „Außerdem befindet sich dort mittlerweile die größte Ansammlung von Atommüll in ganz Deutschland.“ Das derzeit verfolgte Ausstiegskonzept habe einen großen Mangel, so Kamm weiter. Die nächsten drei Jahre gehe kein einziger Reaktor vom Netz, dafür würden 2022 innerhalb eines Jahres sechs leistungsfähige abgeschaltet. „Es braucht nach wie vor starken politischen Druck durch die Antiatomkraftbewegung, damit die Meiler auch wirklich abgeschaltet werden.“ Die Bundestagswahl im Jahr 2013 müsse der Gradmesser dafür sein, dass im Sinne einer Energiewende mehr geschieht als bisher vorgesehen.

Dr. Johannes Strasser plädierte für die baldige Abschaltung der Reaktorblöcke in Gundremmingen. Die Anlage selbst solle als Forschungszentrum für Wasserstoff ausgebaut werden. Auf einen Umstand wies Strasser hin: „Bei dem Atomausstieg im Jahr 2000 haben zuerst die Konzerne unterschrieben, dann kam die Politik.“ Es sei daher das Verhalten der Großkonzerne nicht nachzuvollziehen, die sich jetzt gegen eine Abschaltung sträubten. Ein Grundsatz muss Strasser zufolge sein, dass die Energieversorgung wieder in kommunale Hände gelangt. „In den letzten 40 Jahren ging der Weg zu immer größeren Einheiten. Diese Energieriesen sind nicht mehr kontrollierbar.“

Dezentrale Produktion als Weg der Zukunft

Das gemeinsame Fazit der Diskussionsteilnehmer, auch aus dem Publikum lautete: Der Atomausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen, die Energieversorgung dezentralisiert werden, damit nicht mehr große Konzerne die Preise und die Lieferbedingungen diktieren können. Die Kommunen und die Privatleute müssen verstärkt Energie einsparen. Solar- und Windenergie müssen viel stärker ins Zentrum gerückt werden. Hier gelte es, vor allem die Bürger vor Ort mit einzubeziehen, beispielsweise auch über Anteile an Genossenschaften, die solche Anlagen betreiben, etwa in Form einer Bürger-Solar- oder Windanlage.

Kein M.U.M. mehr

Artikel, erschienen in der Aichacher Zeitung, anlässlich meines bfz-Besuchs in Aichach:

Aichach. Gut 230 Mütter haben in den vergangenen drei Jahren an Kursen, Workshops und Fortbildungsmaßnahmen des Projekts M.U.M – „Motivation für Unternehmen und Mütter“ – teilgenommen, gut 75 Prozent schafften so nach Baby- und Kinderpause den Wiedereinstieg in den Beruf. Nach drei Jahren läuft das in Augsburg und Aichach durchgeführte Projekt nun aus – die Förderrichtlinien wollen es so. Gesamtansicht

Das Besondere an dem Projekt, so Leiterin Tanja Köhler, ist die Flexibilität. Für jede Teilnehmerin wird ein individuelles Programm erarbeitet, zugeschnitten auf ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten, inklusive Unterstützung bei der Kinderbetreuung. In den Kursen und Workshops, aber auch in den eigenen vier Wänden über E-Learning, werden Ziele erarbeitet, Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt, Qualifikationen erworben und auch Praktika vermittelt.

Wie oft im sozialen Bereich, sind solche Projekte befristet, die Fördertöpfe nur bedingt verfügbar. Das M.U.M. in Augsburg und Aichach etwa war zunächst auf zwei Jahre angesetzt, wurde dann ein Jahr verlängert. Ende September ist nun aber Schluss. Das sehen die Förderrichtlinien so vor.

Das Projekt ist für die Teilnehmerinnen kostenlos, das Geld kommt über den Arbeitsmarktfonds von der EU, durchgeführt wird es von einem freien Bildungsträger, den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz), einer gemeinnützigen GmbH.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Simone Strohmayr, die sich über die Arbeit der bfz informierte, kritisierte denn auch die Systematik der Projektförderung: „Da wird vieles angestoßen, aber vieles verebbt auch.“ Ein nachhaltiges Arbeiten sei so nicht möglich. Angelika Reiser, Leiterin der Aichacher Dependance, stimmt zu: „Wir sind gezwungen, das Rad immer wieder neu zu erfinden.“ Denn um die Integration von Müttern in den Beruf weiterhin zu fördern, müsste ein neues Projekt konzipiert, ein entsprechender Antrag formuliert, bewilligt und dann schließlich umgesetzt werden – wobei sich das neue Projekt vom alten unterscheiden muss. Bürokratie.

Simone Strohmayr hat dabei ihre Hilfe zugesagt, an dem grundsätzlichen Problem ändert das aber zunächst nichts. Die Sozialpolitikerin sieht aber durchaus auch die Unternehmen gefordert. Vorstöße in Sachen Sponsoring, die Tanja Köhler bei Firmen der Region unternommen hat, bleiben aber bis jetzt erfolglos. Was Strohmayr angesichts des Fachkräftemangels nicht versteht: „Die Firmen klagen so, dann sollen sie sich auch bemühen.“ Wie auch immer: Aktuell ist für M.U.M in Aichach und Augsburg Ende September Schluss.

Kultusministerium schickt hunderte von Lehrern in die Arbeitslosigkeit und versäumt deutliche Qualitätsverbesserungen

Am Schuljahresende kommt die Stunde der Wahrheit: Werden viele hundert bestausgebildete Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit geschickt und kommen endlich zum nächsten Schuljahr die dringend notwendigen Verbesserungen in der Unterrichtsversorgung an den über 5.000 bayerischen Schulen?

Über diese Fragen sollte eigentlich der Kultusminister entscheiden. In Bayern bestimmt aber der Finanzminister die Bildungspolitik, weil Kultusminister Spaenle keine klaren Aussagen macht, welche Rahmenbedingungen eine zukunftsfähige Schule braucht. Spaenle denkt immer noch in den alten Kategorien: Es ist nur

entscheidend, dass jede Klasse einen Lehrer hat und die Grundversorgung stimmt. Schule hat sich aber in den letzten Jahren deutlich verändert. Deshalb werden trotz der rückläufigen Schülerzahlen dringend mehr Lehrer benötigt.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die Lehrer-Neueinstellung an den notwendigen Qualitätsverbesserungen zu orientieren. Die Klassenstärken in den Gymnasien und Realschulen müssen deutlich gesenkt werden. Gerade in den Eingangsklassen der Grundschule sollte keine Klasse über 20 Schüler haben. Wer den Ausbau der Ganztagsklassen für unverzichtbar hält, wie dies Spaenle zur Freude der SPD jetzt allorts tut, muss auch die entsprechenden Lehrer bereit stellen. Mit 12 zusätzlichen Lehrerstunden kann man in den ersten beiden Grundschulklassen keine Ganztagsklassen machen. Grotesk wird es aber, wenn Spaenle individuelle Förderung predigt und als das zentrale Merkmal des gegliederten Schulsystems anpreist und dafür kaum Lehrerstunden einplant.

Die von der Staatsregierung angekündigte Einstellung von 3000 Lehrerinnen und Lehrer für alle Schularten zum Herbst ist vollkommen unzureichend. Davon kommt an den Schulen kaum etwas an, weil sehr viele Lehrer und Lehrerinnen in den Ruhestand gehen und ersetzt werden müssen. Für die dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen an den Schulen wie kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung und Ausbau der Ganztagsklassen, bleibt kaum etwas übrig. Das ist ein Skandal, weil wir sowohl die Lehrer haben, denn rund 8000 Absolventen warten auf einen Job, und Bayern auch als eines der reichsten Bundesländer die nötigen Mittel für ihre Einstellung besitzt.

Gemeinschaftsschule sticht dreigliedriges Schulsystem

Die SPD-Landtagsfraktion, fordert Kultusminister Spaenle und die CSU zudem auf, sich Reformen im Schulsystem nicht zu verschließen. Die Ablehnung des CDU-Bildungskonzepts (keine Hauptschule mehr) zeigt eindeutig, dass die CSU in Bayern die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat. Mit ihrer Initiative eines zweigliedrigen Systems kommt die CDU der SPD entgegen, die CSU wird isoliert.

Ein zweigliedriges Schulsystem ist eine Verbesserung, doch die beste Antwort auf die aktuellen Herausforderungen ist die Gemeinschaftsschule. Es ist richtig, eine Schulform aufzubauen, die alle Abschlüsse ermöglicht. Es reicht nicht, nur Haupt- und Realschulen zusammenzulegen. Nötig ist eine Schule, die neben dem Gymnasium auf einem differenzierten pädagogischen Weg bis zum Abitur führen kann. Zentraler Bestandteil des Schulkonzepts muss eine echte individuelle Förderung sein, damit alle Kinder mit ihren Talenten gefördert werden.

Das SPD-Konzept der Gemeinschaftsschule ermöglicht es einerseits den Hauptschülern, sich optimal auf einen Beruf vorzubereiten und andererseits können leistungsstarke Schüler alle Angebote bis zum Abitur wahrnehmen.

Links zum Thema:

[Lehrereinstellungen: SPD fordert Sondersitzung des Haushaltsausschusses noch vor Schulbeginn](#)

SPD-Bildungssprecher Martin Güll: Lehrereinstellungszahlen verdoppeln
<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14023>

[Kein mittlerer Abschluss an den meisten Mittelschulen](#)

Bildungssprecher Martin Güll: Etikettenschwindel statt Erfolgsmodell

<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=14024>

Gemeinschaftsschule! Die bessere Antwort für Bayern.

Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder dem Wohnort der Eltern abhängen. Lernen ohne Übertrittsdruck und Lerninhalte, die sich dem Potenzial der Schülerinnen und Schüler anpassen – durch das moderne pädagogische Konzept der individuellen Förderung ist dies möglich. Und nur mit den besten Voraussetzungen kann jede Schülerin und jeder Schüler das Beste aus sich machen. Deshalb: Gemeinschaftsschule! Die bessere Antwort für Bayern.

Mehr: www.gemeinschaftsschule-Bayern.de

Nach atompolitischen CSU-Fallrückzieher: Bayern braucht jetzt tatsächliche Investitionen in die Energiewende

Nach dem atompolitischen Fallrückzieher von Ministerpräsident Seehofer vermisst die SPD-Landtagsfraktion bei der Energiewende der CSU die Glaubwürdigkeit. Schließlich hält auch die Mehrheit der Bürger in Bayern einer Umfrage zufolge den Kurswechsel der CSU für unglaubwürdig. Wie glaubwürdig ist ausgerechnet jener bayerische Ministerpräsident, der sich noch vor elf Monaten für eine unbegrenzte Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke stark gemacht hat. Über Jahrzehnte hat Seehofer mit der CSU eine der radikalsten atompolitischen Positionen in Deutschland eingenommen, die vorstellbar sind.

Bei allem drängt sich der Eindruck auf, dass das Motiv des Handelns der CSU nicht bessere Einsicht war, sondern reiner Machtinstinkt von Horst Seehofer, in machtpolitischen Fragen der schnelle Brüder aus Ingolstadt. Das Problem der Steuerzahler wird jedoch sein, dass die von Schwarz-Gelb zunächst beschlossene Laufzeitverlängerung womöglich zu neuen Eigentumsansprüchen der Energiekonzerne geführt hat, weshalb die Konzerne jetzt auf Schadensersatz klagen, der nach Schätzungen der Unternehmen im zweistelligen Milliardenbereich liegt – es ist von einer Summe bis zu 34 Milliarden Euro die Rede.

Was es jetzt in Bayern braucht, sind tatsächliche Investitionen. Unterstützung für die Energiewende brauchen vor allem die Kommunen. Ihnen kommt bei der Energiewende eine Schlüsselrolle zu. Die Erneuerbaren Energien spülen über die Gewerbesteuer frisches Geld in die Kassen der Gemeinden zur Entlastung der Gemeindekassen, zur Finanzierung kommunaler Vorhaben sowie zur Standortsicherung. Nötig ist auch eine starke Bürgerbeteiligung. Wir treten ein für die Renaissance der genossenschaftlichen Idee – so kann die Energiewende noch mehr zu einer Bürgerbewegung werden. Auf dem Weg zur Energiewende sollte deshalb nicht jede Regelung bis in das kleinste Detail vorgegeben werden. Stattdessen sollten die Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Der Glaubenssatz heißt: Absoluter Vorrang für heimische Energiequellen! Gerade im ländlichen Raum wirken Sonne, Wind und Co. wie ein lokaler Konjunkturmotor.

Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Eine aktive Wirtschaftspolitik ist jetzt notwendig. Das ist der Freistaat gefordert. Auch nach Fukushima hat jedoch im Landtag Schwarz-Gelb alle Anträge der SPD zur Energiewende abgelehnt. Es gibt seit ihrem strahlenpolitischen Fallrückzieher keinen einzigen Cent mehr für die Erreichung des Ziels der Energiewende. Kein Cent mehr für Erneuerbare Energien, kein Cent mehr für Energieeffizienz, kein Cent mehr für Energieeinsparung. Im Gegenteil: Das

Klimaprogramm 2020 läuft 2011 aus. Deshalb fordert die SPD: Die Staatsregierung muss ein konkretes Landesförderprogramm aufsetzen.

Im **Wortlaut** zum Download (PDF):

[Atomausstieg und Energiewende: Endlich ist es so weit, dass sich in dieser zentralen Frage der Wille des Volkes auch in Teilen der Regierung durchsetzt. Wir haben lange dafür gekämpft.](#)

Die Rede von **Markus Rinderspacher** im Plenum des Landtags

[SPD-Landtagsfraktion fordert zusätzliche Haushaltsmittel für Energiewende](#)

Ludwig Wörner: Staatsregierung muss Geld ausgeben, um zu sparen

<http://www.bayernspd-landtag.de/presse/details.cfm?ID=13869>

Keine Steuersenkungen auf Pump

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt weitere Steuersenkungen auf Pump ab. Das gilt sowohl für den Aufguss des Kirchhof-Modells, mit dem CDU und CSU in den Bundestagswahlkampf 2005 zogen, das damals bereits politisch scheiterte und durch das in erster Linie hohe Einkommen entlastet würden, als auch für die von der Koalition auf Bundesebene vorgesehenen Steuergeschenke zum 1. Januar 2013, die in erster Linie taktisch motiviert sind und ein politisches Zugeständnis an den kleinen Koalitionspartner sein sollen. Erforderlich ist eine solide, verlässliche und gerechte Fiskalpolitik, die ausreichende Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen sicherstellt, damit die erforderlichen Investitionen beispielsweise für Bildung, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Klimaschutz und die Energiewende dauerhaft fließen können.

Die SPD fordert deshalb die Staatsregierung auf, alles zu unterlassen, was zu weiteren Einnahmeausfällen bei Bund, Ländern und Gemeinden führt, da bereits das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sowohl den Bundeshaushalt als auch den Staatshaushalt und die bayerischen Kommunen seit 2010 mit Steuermindereinnahmen deutlich belastet. Diese Politik soll auch deshalb unterbleiben, weil sie beispielsweise die negative Folge hat, dass die notwendigen Erhaltungsinvestitionen in die staatliche Infrastruktur nicht finanziert werden können und damit die „impliziten Schulden“ - wie es der Bayerische Oberste Rechnungshof genannt hat - steigen und Lasten in die Zukunft und damit auf kommende Generationen verlagert werden.

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse kann nur dann eingehalten werden, wenn dafür auch durch angemessene Steuereinnahmen die Voraussetzung geschaffen werde. Deshalb ist es erforderlich, dass die massiven Defizite bei der Personalausstattung in der bayerischen Steuerverwaltung im Sinne eines besseren Steuervollzugs und der Steuergerechtigkeit rasch behoben werden.

Die SPD-Fraktion fordert zudem die Staatsregierung auf, sich für eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Abgaben für die sozialen Sicherungssysteme einzusetzen und somit die falsche Politik der Beitragserhöhungen, die bislang von der Koalition im Bund betrieben wurde, zu beenden und zu korrigieren.

Meine Termine im Stimmkreis

29.07.2011 | 16:00 Besichtigung aiti-Park mit der Kreisfraktion
02.08.2011 | 16:00 Besuch Frauenhaus mit AsF
02.08.2011 | 18:00 AsF-Vorstandssitzung
03.08.2011 | 10:00 Gespräch über Bürgerinitiative Streitheim
05.08.2011 | 14:00 Sitzung des Landfrauenrates
07.08.2011 | 09:00 Friedenslauf
08.08.2011 | 10:00 Besuch Kurzzeitpflege in Friedberg

Impressum

Herausgeber

Dr. Simone Strohmayer, MdL

Redaktion: Daniela Ziegler

SPD-Abgeordnetenbüro

Am Graben 15

86391 Stadtbergen

Datenschutz: Wir behandeln E-Mail-Adressen vertraulich. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben oder für Werbemails verwendet.

Falls Sie meinen Abgeordnetenbrief in Zukunft nicht mehr erhalten wollen, folgen Sie bitte diesem Link und senden die E-Mail kommentarlos ab:

info@simone-strohmayer.de